

Sessionsbericht

Wintersession 2009

(23. November bis 11. Dezember 2009)

Von Jon A. Fanzun, Fraktionssekretär

Die Wintersession stand im Zeichen der Beratungen des Budgets 2010. Während der Ständerat dieses Geschäft zügig beraten hat, dauerte die Budgetdebatte im Nationalrat über 14 Stunden. Das definitive Budget wich trotz dieser langen Beratungszeit wenig vom Entwurf des Bundesrates ab.

Das Parlament verabschiedete in der Wintersession unter anderem das Kulturförderungsgesetz, den Bundesbeschluss zur eidgenössischen Volksinitiative „Lebendiges Wasser“ (inklusive einem indirekten Gegenvorschlag), die Revision des Sachenrechts sowie die Massnahmen zur Erleichterung der Arbeitsmarktbeteiligung älterer Arbeitnehmer (BVG-Teilrevision). Dagegen konnte die KVG-Revision in der Wintersession nicht bereinigt werden. Nicht behandelt wurde ferner die 11. AHV-Revision.

Der Nationalrat hat in der Wintersession die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Sinne der FDP-Liberalen beraten und beschlossen. Des Weiteren beschloss der Nationalrat eine Erhöhung der Wasserzinsen, lehnte eine Neuordnung der Aufsicht der Bundesanwaltschaft ab und sprach sich gegen Gratis-Werbespots für Parteien in Radio und TV aus. Schliesslich lehnte es die grosse Kammer ab, drei Umsetzungsprotokolle zur Alpenkonvention zu genehmigen.

Der Ständerat hat sich in der Wintersession mit der Ausschaffungsinitiative der SVP beschäftigt, wies die Vorlage unter dem Eindruck der Abstimmung über die Anti-Minarett-Initiative zu einer vertieften Überprüfung aber an die vorberatende Kommission zurück. Die kleine Kammer verlängerte des Weiteren das Gentech-Moratorium um drei Jahre, revidierte das Post- sowie das Postorganisationsgesetz, sprach sich für die Wiedereinführung der Buchpreisbindung aus und beschloss eine Minirevision des Militärgesetzes.

1. Bilanz aus der Sicht der Fraktion FDP-Liberale (Fraktion RL)

- › Die Revision der Arbeitslosenversicherung wurde dank einem Schulterchluss der bürgerlichen Fraktionen im Sinne der Fraktion FDP-Liberale beraten und beschlossen.
- › Entgegen dem Willen der Fraktion RL beschloss der Nationalrat, die Bundesanwaltschaft weiterhin durch den Bundesrat beaufsichtigen zu lassen.
- › Gegen den Willen der Fraktion FDP-Liberale wurde im Rahmen der Vorlage zur Erhöhung der Wasserzinsen eine Erhöhung der Einspeisevergütung für erneuerbare Energien beschlossen.
- › Der Ständerat verlängerte das Gentech-Moratorium gegen den Willen der FDP-Liberalen um weitere drei Jahre.
- › Der Ständerat beschloss die Wiedereinführung der Buchpreisbindung; entgegen der Meinung der FDP-Liberale Fraktion.
- › Der Ständerat konnte sich im Rahmen der Revision des Postgesetzes nicht zu einer Liberalisierung des Briefmarktes durchringen, wie ihn die *FDP.Die Liberalen* fordern.
- › Im Sinne der Fraktion RL lehnte der Nationalrat die Vorlage „faire Abstimmungskampagnen“ ab.
- › Die Fraktion FDP-Liberale hat in der Wintersession 11 Fraktionsvorstösse erarbeitet und eingereicht.

2. Vereinigte Bundesversammlung

- › **Bundespräsidium gewählt:** Die Vereinigte Bundesversammlung wählte Bundesrätin Doris Leuthard mit 158 von 183 gültigen Stimmen zur neuen Bundespräsidentin. Neuer Vizepräsident ist Bundesrat Moritz Leuenberger. Er erzielte lediglich 128 von 187 gültigen Stimmen, ein im historischen Vergleich sehr mageres Resultat.
- › **Richterwahlen:** Die Vereinigte Bundesversammlung hat Thomas Stadelmann (CVP) mit 169 von 194 gültigen Stimmen zum neuen Bundesrichter gewählt. Er ersetzt den im März 2010 zurücktretenden Robert Müller (CVP). Des Weiteren hat die Bundesversammlung zwei bis Oktober 2011 befristete Stellen am Bundesverwaltungsgericht besetzt. Diese wurden bewilligt, um damit die Beschwerden im Zusammenhang mit dem Amtshilfesuch der USA in der UBS-Steueraffäre bewältigen zu können. Die Bundesversammlung wählte Daniel de Vries Reilingh (SP) sowie Charlotte Schoder (CVP) in diese Ämter.

3. Geschäfte beider Räte

- › **Budget 2010 und Nachtrag 2009 genehmigt:** Der Ständerat beugte sich als Erstrat über das Budget 2010 und hiess dieses einstimmig gut. Gegenüber dem Bundesrat nahm die kleine Kammer nur wenige Änderungen vor. So erhöhte der Rat die Mittel für die Denkmalpflege und reduzierte die budgetierte Steigerung des Personalaufwands der Bundesverwaltung um ein Prozent (40 Millionen Franken). Während das Budget im Ständerat zu relativ wenigen Diskussionen Anlass gab, debattierte der Nationalrat während über 14 Stunden das Budget. Die Volkskammer schuf dabei einige Differenzen zum Ständerat. So reduzierte die grosse Kammer – entgegen dem Willen der FDP-Liberale Fraktion – die Mittel für eine Public-Affairs Kampagne von Präsenz Schweiz in den USA. In der zweiten Runde der Differenzbereinigung folgte der Ständerat grösstenteils den Anträgen des Nationalrats. So wurden unter anderem die Beraterhonorare im Departement für Umwelt, Verkehr, Kommunikation und Energie (UVEK) reduziert. Beim Kredit für das Bundespersonal schloss sich der Nationalrat dem Ständerat an und kürzte den Kredit um 40 Millionen Franken.

Das Budget sieht nach den Beratungen im Parlament Einnahmen von 58,2 Milliarden Franken sowie Ausgaben von 60,7 Milliarden Franken vor. Daraus resultiert ein Defizit von 2,5 Milliarden Franken. Damit werden die Vorgaben der Schuldenbremse eingehalten, was für die Fraktion FDP-Liberale die Bedingung für die Unterstützung des Budgets war. Der Nationalrat hat des Weiteren eine Motion der SP-Fraktion, welche die Schuldenbremse ausgehebelt hätte, klar abgelehnt (mit 114 zu 58 Stimmen). Angenommen wurde auch ein Nachtragskredit zum Budget 2009 im Umfang von 450 Millionen Franken. Darunter befinden sich 84 Millionen für Massnahmen gegen die Grippe-Epidemie. Dieser Budgetposten wurde von links und rechts kritisiert. Dennoch stimmte der Nationalrat dem Nachtragskredit mit 131 zu 36 Stimmen deutlich zu.

- › **Finanzplan 2011-2013 mit düsteren Zahlen:** Die Räte haben neben dem Budget den Finanzplan 2011-2013 zur Kenntnis genommen. Gemäss den Prognosen steigen die Defizite in den Jahren 2011-2013 auf jeweils über 4 Milliarden Franken an. Der Korrekturbedarf gemäss Schuldenbremse beträgt somit zwischen 2,5 Milliarden (2011) und 4 Milliarden Franken (2013). Hauptursache ist das Ausgabenwachstum, das deutlich über dem prognostizierten Einnahmenwachstum liegt. Sofern keine Gegenmassnahmen ergriffen werden, werden unabhängig vom Konjunkturverlauf Defizite anfallen, die nicht der Schuldenbremse entsprechen. Darum ist es besonders wichtig, dass das Reformprojekt „Aufgabenüberprüfung“ konsequent vorangetrieben wird. Die Fraktion FDP-Liberale hat hierzu einen Vorstoss eingereicht, in welchem der Bundesrat aufgefordert wird, bis März 2010 eine Verzichtsplannung im Umfang von mindestens 2,5 Milliarden Franken vorzulegen.
 - › **Massnahmenpaket im Gesundheitswesen:** Der Ständerat hat in der Wintersession die vom Nationalrat in der Herbstsession beschlossenen dringlichen Massnahmen beraten. Dabei beschloss der Ständerat, aus den dringlichen und befristeten Massnahmen eine ordentliche Revision zu machen sowie eine Managed-Care Vorlage vorzulegen. In einigen Punkten ist der Ständerat dem Nationalrat gefolgt. Wie der Nationalrat verzichtet auch der Ständerat mit 22 zu 17 Stimmen darauf, die Kantone im ambulanten Bereich tätig werden zu lassen. Auch sollen keine zusätzlichen Prämienverbilligungen verteilt werden. In einigen anderen Punkten wich der Ständerat aber von der Linie des Nationalrats ab. Ein Obligatorium für einen 24-Stunden-Telefondienst wurde mit 27 zu 12 Stimmen abgelehnt. Bei den Medikamentenpreisen entschied sich die kleine Kammer für ein weitergehendes Substitutionsmodell als dasjenige des Nationalrats. Im Sinne von Bundesrat Didier Burkhalter, der seinen bundesrätlichen Einstand vor dem Parlament gab, entschied der Ständerat, einen Teil der Vorlage auszugliedern, um
-

diesen mit der im Nationalrat hängigen Managed-Care-Vorlage zu verbinden. In diesem Teil der Vorlage sprach sich der Ständerat deutlich (mit 20 zu 6 Stimmen) für einen differenzierten Selbstbehalt aus. Wer sich nicht einem Managed-Care- oder Hausarzt-Modell anschliesst, soll statt der heutigen 10 neu 20 Prozent Selbstbehalt bezahlen.

Im Differenzbereinigungsverfahren hielt die grosse Kammer entgegen dem Beschluss des Ständerats und entgegen dem Willen der FDP-Liberalen an der Dringlichkeit fest, womit die Massnahmen bis 2013 befristet wären. Dementsprechend beliess der Nationalrat auch die Massnahmen zum differenzierten Selbstbehalt in den Sofortmassnahmen, statt sie in die Managed-Care-Vorlage auszugliedern. Im Sparpaket verbleiben somit fünf Massnahmen mit einem Sparpotenzial von rund 240 Millionen Franken. Angesichts der Beschlüsse des Nationalrats entschied der Ständerat, die Differenzen bei den Sofortmassnahmen nicht mehr in der Wintersession zu beraten. Die Vorlage wird nun – zusammen mit der in der nationalrätlichen Kommission hängigen Managed-Care-Vorlage – in der Frühlingssession fertig beraten.

- › **Kulturförderungsgesetz bereinigt:** Das neue Kulturförderungsgesetz ist endlich bereinigt. In der Wintersession wurden die letzten Differenzen ausgeräumt. Dabei hat sich der Nationalrat bei der Aufgabenteilung zwischen dem Bundesamt für Kultur und der Stiftung Pro Helvetia dem Ständerat angeschlossen. Verzichtet wird auch auf die spezielle Erwähnung der „Volkskultur“. Die strategischen Ziele von Pro Helvetia werden vom Bundesrat festgelegt. In der letzten Differenz schloss sich der Ständerat dem Nationalrat an. Dabei ging es um die Koordination der kulturellen Engagements im Ausland.
 - › **Gegenentwurf zur Renaturierungsinitiative bereinigt:** Der indirekte Gegenvorschlag zu der vom Fischereiverband lancierten Volksinitiative „Lebendiges Wasser“ ist von den Räten verabschiedet worden. Der Ständerat hat diskussionslos die letzten Differenzen zum Nationalrat ausgeräumt. Die Revision bezweckt einen Kompromiss zwischen dem Schutz und der Nutzung der Gewässer. Die Finanzierung erfolgt aus allgemeinen Steuermitteln und einem Strompreiszuschlag von 0,1 Rappen pro Kilowattstunde. Die Initiative wurde bereits früher von beiden Räten zur Ablehnung empfohlen. Angesichts des Gegenvorschlags wollen die Initianten ihr Volksbegehren zurückziehen.
 - › **Zustimmung zu Kredit für WTO-Umbau:** Seit rund einem Jahr beschäftigt sich das Parlament mit der Forderung der Welthandelsorganisation (WTO), die Schweiz möge sich am Umbau des WTO-Sitzes in Genf beteiligen. Für eine erste Bauetappe wurde bereits ein Kredit von 45 Millionen Franken gesprochen. In der Wintersession ging es um ein zinsloses Darlehen von 20 Millionen Franken. Stein des Anstosses und Gegenstand hitziger Debatten waren die Honorarkosten, die mit rund 21 Prozent des Kredits veranschlagt sind. Der Nationalrat verzichtete darauf, im Gesetzestext eine konkrete Beschränkung der Honorarkosten zu fixieren. Stattdessen beliess er es bei der Formulierung, dass die Honorarkosten zu senken seien. Der Kredit wurde mit 122 zu 56 Stimmen genehmigt. In der Differenzbereinigung schloss sich der Ständerat dem Nationalrat an und stimmte dem Kredit einstimmig (mit 35 Stimmen) zu.
 - › **Weiterhin keine Einigung beim Nationalstrassenabgabegesetz:** Der Nationalrat hat es wegen einer Koalition von SP und SVP mit 89 zu 65 Stimmen abgelehnt, dem Finanzdepartement zu erlauben, die Kontrolle und Strafverfolgung an Dritte auszulagern. Der Ständerat hält diese Möglichkeit ganz im Sinne der FDP für sinnvoll und unbedenklich. Entsprechend hielt der Ständerat mit 28 zu 11 Stimmen an der Position fest, wonach die Kontrolle und Strafverfolgung an den Autobahngrenzübergängen an Dritte (etwa Securitas) übertragen werden darf. Die Vorlage geht damit ein weiteres Mal zurück an den Nationalrat.
 - › **Erhöhung der Fraktionsbeiträge:** Der Nationalrat hatte in der Herbstsession die Beiträge an die Fraktionen um rund 900'000 Franken angehoben. Die Erhöhung lässt sich durch die zunehmende Komplexität und Beschleunigung der politischen Prozesse und die gestiegenen Anforderungen an die Gesetzgebungsarbeit begründen. Der Ständerat hat diese Beiträge in der Wintersession entgegen dem Willen der FDP-Liberale Fraktion deutlich erhöht (um jährlich 2,6 Millionen Franken). Der Nationalrat folgte in der Differenzbereinigung der kleinen Kammer und sprach sich mit 98 gegen 75 Stimmen für die Erhöhung der Beiträge aus.
 - › **Visa-Informationssystem gutgeheissen:** Das Parlament hat die Übernahme des Visa-Informationssystems als Zweitrat gutgeheissen. Eine zentrale Visa-Datenbank soll das Visa-Shopping verhindern, die Identität der Berechtigten überprüfbar machen, den Betrug bekämpfen sowie den Datenschutz stärken. Einzig die SVP lehnte diese Gesetzesanpassung ab, die aufgrund des von den Stimmbürgerinnen und -bürgern angenommenen Schengen-Übereinkommens notwendig geworden ist.
-

- › **Anpassung des Waffenrechts:** Im Rahmen der Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes muss das schweizerische Waffenrecht angepasst werden. Der Nationalrat hielt im Differenzbereinigungsverfahren zwei Mal an der Position fest, wonach der Verleih von Sportwaffen durch Schützenvereine nicht bewilligungspflichtig sein soll. Zudem sollten nicht markierte Waffen nur beim grenzüberschreitenden Verkehr, nicht aber im Inland beschlagnahmt werden können. In der Einigungskonferenz setzte sich letztlich die Position des Ständerats durch. Demnach brauchen erwachsene Schützen, die eine Waffe ausleihen, einen Erwerbschein, und nicht korrekt markierte Waffen können auch im Inland beschlagnahmt werden. Der Nationalrat stimmte dem entsprechenden Antrag der Einigungskonferenz mit 107 zu 57 Stimmen zu.
- › **Sachenrecht bereinigt:** Der Ständerat hat die letzten Differenzen bei der Teilrevision des Sachenrechts bereinigt. Die Vorlage sieht die Einführung des papierlosen Register-Schuldbriefs vor. Die letzte Differenz betraf die kantonalen Leistungskataster. Diese werden nicht als parallele Register neben dem Grundbuch zugelassen.
- › **Revidiertes Lugano-Übereinkommen angenommen:** Die beiden Räte haben ohne nennenswerte Opposition den Bundesbeschluss über die Genehmigung und Umsetzung des revidierten Übereinkommens von Lugano angenommen. Das Abkommen regelt die gerichtliche Zuständigkeit, die Anerkennung und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen.

4. Geschäfte des Nationalrats

- › **Nationalratspräsidium gewählt:** Der Nationalrat hat mit 174 von 182 gültigen Stimmen Pascale Bruderer (SP / AG) zur Nationalratspräsidentin gewählt. Zum ersten Vizepräsidenten wurde Jean-René Germanier (FDP / VS) gewählt. Auch er erzielte mit 170 von 177 gültigen Stimmen ein Spitzenresultat. Germanier wird turnusgemäss im Jahr 2011 das Präsidium übernehmen. Neuer zweiter Vizepräsident ist Hansjörg Walter (SVP / TG). Er erhielt 149 von 165 gültigen Stimmen.
 - › **Debatte Milchpreis und Landwirtschaftspolitik:** Der Nationalrat führte eine von der SVP-Fraktion verlangte ausserordentliche Session zum Thema „Milchpreis und Landwirtschaftspolitik“ durch. Neben dem aktuellen Thema der Regulierung der Milchmenge stand die allgemeine Landwirtschaftspolitik der Schweiz zur Debatte. In einer mehrstündigen Debatte wurden rund 40 Vorstösse debattiert, die im Zusammenhang mit der Krise auf dem Milchmarkt und mit den Liberalisierungsvorhaben des Bundesrates eingereicht worden waren. Der agrarpolitische Kurs der Schweiz wurde dabei klar bestätigt. So wurden die protektionistischen Vorstösse, die grossmehrheitlich aus den Reihen der SVP stammten, abgelehnt. Der Nationalrat erteilte insbesondere der SVP-Forderung, die Agrarverhandlungen mit der EU abzubrechen, eine deutliche Abfuhr. Dies ganz im Sinne der FDP-Liberale Fraktion, die sich klar zu diesen Verhandlungen bekennt und die Liberalisierung befürwortet. Ebenfalls chancenlos blieb ein völlig unrealistischer Vorstoss von Luzi Stamm (SVP / AG), das Agrardossier aus den WTO-Verhandlungen auszuklammern. Im Unterschied zum Nationalrat dauerte die Diskussion zum Milchpreis und zur Landwirtschaftspolitik im Ständerat nur wenige Minuten, da keine Vorstösse vorlagen.
 - › **Schulterschluss bei der Arbeitslosenversicherung:** In der vorberatenden Kommission war die Revision der Arbeitslosenversicherung noch an einer unheiligen Allianz gescheitert. Im Nationalratsplenum war die Situation anders. Die bürgerlichen Fraktionen verständigten sich auf eine reduzierte Beitragserhöhung und versetzten damit SP und Grüne in die Minderheit. Der Rat trat mit 126 zu 60 Stimmen auf die Vorlage ein und lehnte linke Rückweisungsanträge ab. Die Arbeitslosenversicherung soll gemäss dem Willen des Nationalrats auf der Ausgabenseite um rund 700 Millionen Franken, auf der Einnahmenseite um rund 650 Millionen Franken verbessert werden. Der Rat beschloss, dass unter 30-Jährige auch Arbeiten annehmen müssen, die nicht ihrer bisherigen Qualifikation entsprechen. Die umstrittenste Differenz zum Ständerat schuf der Nationalrat bei der Höhe der Taggelder. Mit 93 zu 88 Stimmen hiess die grosse Kammer einen Antrag von Johann Schneider-Ammann (FDP / BE) gut, wonach die Entschädigung nach einem Jahr (260 Tage) um 5 Prozent und nach 330 Tagen nochmals um 5 Prozent gekürzt wird. Bei der Bezugsdauer schloss sich der Nationalrat den Beschlüssen des Ständerats an. Ein Antrag von Peter Spuhler (SVP / TG), die Beitragsdauer in allen Kategorien markant zu kürzen, wurde deutlich mit 132 zu 51 Stimmen verworfen. Auf der Beitragsseite beschloss der Nationalrat eine Erhöhung der Beiträge von 2 auf 2,2 Lohnprozente. Auf höheren, nicht versicherten Einkommen von 126'000 bis 350'000 Franken wird zudem ein Solidaritätsprozent erhoben. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung zurück an den Ständerat.
-

- › **Nationalrat beschliesst Erhöhung der Wasserzinsen:** Der Nationalrat hat eine Erhöhung der Wasserzinsen für die Wasserkraftkantone beschlossen. Die Wasserzinsen waren letztmals 1997 angehoben und auf maximal 80 Franken pro Kilowatt Bruttoleistung festgesetzt worden. Nach dem Willen des Gesetzgebers können sie nun ab 2011 auf bis maximal 100 Franken und ab 2016 auf bis 110 Franken erhöht werden. Diese Variante, welche der Ständerat vorgeschlagen hatte, setzte sich gegen einen Antrag für eine geringere Erhöhung der Wasserzinsen mit 105 zu 75 Stimmen durch. Umstrittener als die Erhöhung der Wasserzinsen ist der zweite Teil der Vorlage, der in der kleinen Kammer noch kein Thema gewesen war. Nach dem Willen der nationalrätlichen Kommission sollte der erst Anfang Jahr eingeführte Preiszuschlag für die Einspeisevergütung für Strom aus erneuerbaren Energien maximal verdoppelt werden (von derzeit 0,6 auf 1,2 Rappen pro Kilowattstunde). Entgegen dem Willen der FDP-Liberale Fraktion trat der Nationalrat auf diesen zweiten Teil der Vorlage ein. Ein Nichteintretensantrag unterlag mit 112 zu 65 Stimmen. In der Detailberatung setzte sich aber der Antrag Leutenegger (FDP / ZH) mit 99 zu 93 Stimmen durch, welcher den Zuschlag auf 0,9 Rappen pro Kilowattstunde beschränkt. In der Gesamtabstimmung wurde die Vorlage mit 135 zu 49 Stimmen angenommen. Sie geht nun an den Ständerat, welcher über diese Erhöhung der Einspeisevergütung zu befinden hat.
 - › **Nationalrat lehnt Neuregelung der Aufsicht über Bundesanwaltschaft ab:** Als Folge der neuen schweizerischen Strafprozessordnung, die 2010 in Kraft treten soll, muss auch die Organisation der Strafbehörden des Bundes angepasst werden. Der umstrittenste Punkt der Vorlage betrifft die Aufsicht über die Bundesanwaltschaft. Der Ständerat hatte im Sinne der FDP-Liberalen vorgeschlagen, den Bundesanwalt von der Bundesversammlung wählen zu lassen und die Aufsicht der Bundesanwaltschaft einer gemischten unabhängigen Behörde zu überantworten. Der Nationalrat hat dieses auch von der Rechtskommission des Nationalrats favorisierte Modell mit 95 zu 82 Stimmen abgelehnt. Eine ungewöhnliche Koalition aus SVP, BDP, CVP (die das neue Modell im Ständerat und in der Kommission noch unterstützt hatte) und vereinzelt Grünen lehnte die Neuregelung der Aufsicht ab. Nach dem Willen dieser Mehrheit soll die Aufsicht beim Bundesrat bleiben. Die Vorlage geht zur Bereinigung der Differenzen zurück an den Ständerat.
 - › **Keine Gratis-Werbespots für Parteien:** Der Nationalrat hat mit 119 zu 58 Stimmen Nichteintreten auf eine parlamentarische Initiative von Andreas Gross (SP / ZH) beschlossen. Diese Initiative verlangt gesetzliche Rahmenbedingungen für faire Abstimmungskampagnen und die Stärkung der Position der Parteien als Träger der politischen Meinungsbildung. Gemäss dem Vorschlag sollten Referendumskomitees und Parteien die Möglichkeit erhalten, Gratiswerbespots in Radio und Fernsehen zu schalten. Die Vorlage wurde im Sinne der Fraktion FDP-Liberale abgelehnt, denn diese hätte zu einer Diskriminierung von Komitees geführt und hätte einen verzerrenden Eingriff in die politische Meinungsbildung bedeutet.
 - › **Ja zu Freihandelsabkommen:** Der Nationalrat hat im Sinne der Fraktion FDP-Liberale das Freihandelsabkommen mit den arabischen Golfstaaten mit 97 zu 52 Stimmen genehmigt. Dieses Abkommen ist wirtschaftlich gesehen das dritt wichtigste Freihandelsabkommen (nach den Verträgen mit der EU und mit Japan). Das Abkommen soll den Marktzugang in Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudiarabien sowie den Arabischen Emiraten verbessern.
 - › **Bildungsaustausch mit der EU:** Gemäss dem Willen des Nationalrats soll sich die Schweiz aktiver an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU beteiligen. Hierzu wird eine Agentur geschaffen, die von der CH-Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit aufgebaut wird. Der Nationalrat stimmte im Sinne der Fraktion FDP-Liberale dem Kredit von 111 Millionen Franken für die Jahre 2011-2013 deutlich zu (mit 120 zu 48 Stimmen). Dem deutlichen Entscheid war allerdings eine hitzige Debatte vorangegangen, in welcher mehrere SVP-Vertreter sachfremde Argumente einbrachten und gegen alles ausserhalb der Schweizer Grenze sich Befindende wetterten. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.
 - › **Keine Ratifikation der Protokolle zur Alpenkonvention:** Der Nationalrat hat am letzten Tag der Wintersession die Vorlage zu den Durchführungsprotokollen der Alpenkonvention beraten. Der Ständerat hatte vor rund fünf Jahren drei der neun Protokolle (Verkehr, Boden, Raumplanung) genehmigt. Die Protokolle sind nicht direkt anwendbar, und das bei Streitigkeiten vorgesehene Schiedsgericht kann lediglich Empfehlungen abgeben. Im Nationalrat entbrannte trotz dieser beschränkten Bedeutung der Protokolle eine hitzige Debatte über die Protokolle. Der Nationalrat lehnte die Protokolle schliesslich knapp mit 97 zu 94 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab. Die Vorlage geht damit zurück an die kleine Kammer.
-

- › **Mehr warme und weniger kalte Betten:** Der Nationalrat hat eine Änderung des Raumplanungsrechts beraten, die das Problem der Zweitwohnungen angeht. Mit der neuen Regelung werden die Kantone verpflichtet, in ihren Richtplänen diejenigen Gebiete zu bezeichnen, in denen besondere Massnahmen notwendig sind, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Erst- und Zweitwohnungen sicherzustellen. Dabei beschränkt sich der Bund auf den Erlass von Rahmenbedingungen. Die konkreten Massnahmen zu deren Umsetzung werden den Kantonen überlassen. Im Sinne der FDP-Liberale Fraktion wurde diese Regelung angenommen. Anträge von SP und Grünen, die Kantone explizit zur Festlegung von Kontingenten zu verpflichten, wurden deutlich abgelehnt.
 - › **Nationalrat macht Volksentscheid rückgängig:** Am 17. Mai 2009 hat sich das Schweizer Stimmvolk knapp für die Einführung von biometrischen Pässen und für die Speicherung der Daten in einer zentralen Datenbank ausgesprochen. Der Nationalrat möchte diesen demokratischen Entscheid nun rückgängig machen. Mit 144 zu 41 Stimmen gab der Rat einer parlamentarischen Initiative seiner Staatspolitischen Kommission Folge, wonach der Bund auf die Errichtung der Datenbank verzichten soll. Einzig die FDP-Liberale Fraktion sowie die BDP-Fraktion stimmten gegen dieses fragwürdige Vorgehen der Volksvertreterinnen und -vertreter im Nationalrat.
 - › **Mehr Wettbewerb auf dem Hörgerätemarkt:** Der Nationalrat hat eine parlamentarische Initiative gutgeheissen, die mehr Wettbewerb im Hörgerätemarkt fordert. Demnach soll der Bundesrat dem Parlament eine Vorlage unterbreiten, die im Bereich der Hilfsmittel in der IV und AHV den Markt stärkt und mehr Wettbewerb bringt. Die Motion wurde mit 99 zu 67 Stimmen angenommen. Der Entscheid fiel mit 95 zu 68 Stimmen (SP, Grüne, CVP und BDP stimmten zu, FDP und SVP lehnten ab).
 - › **Vorstösse im Bereich Gesundheitswesen:** Der Nationalrat will die Margen bei Medikamenten nach Vertriebskanälen differenzieren. Die grosse Kammer hat eine entsprechende Motion von Verena Diener (GLP / ZH) an den Bundesrat überwiesen. Ebenfalls überwiesen wurde eine Motion von Felix Gutzwiller (FDP / ZH), der Massnahmen zur Ausmerzung der Masern-Krankheit fordert.
 - › **Minirevision des Namensrechts:** In der Frühlingssession 2009 hatte der Nationalrat die Reform des Namensrechts an die Kommission zurückgewiesen, die das Prinzip der Unveränderbarkeit des Geburtsnamens einführen wollte. Die Kommission erhielt den Auftrag, lediglich die nach EMRK notwendigen Gesetzeskorrekturen vorzunehmen und keine grundsätzliche Reform des Namensrechts vorzulegen. Der Nationalrat stimmte dieser redimensionierten Vorlage mit 104 zu 57 Stimmen zu. Materiell ändert sich insofern nichts, da der Bundesrat bereits anlässlich eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte von 1994 die Zivilstandsverordnung angepasst hatte. Die entsprechende Änderung (Ausdehnung des Rechts auf Doppelnamen auf den Ehemann) soll gemäss dem Willen des Nationalrats auf Gesetzesstufe verankert werden. Das Thema Namensrecht wird insofern weiter für Debatten sorgen, als dass die Namensregelung weiterhin diskriminierend bleibt. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.
 - › **Wirkungsvolles Kartellrecht:** Der Nationalrat hat sich mit einer Motion zum Thema Kartellrecht von Ständerat Rolf Schweizer (FDP / ZG) beschäftigt. Der Vorstoss bezweckt zum einen, dass vorbeugende Compliance-Programme bei der Bemessung von Sanktionen berücksichtigt werden. Zum anderen soll die wissentliche Missachtung von internen Compliance-Programmen persönlich strafrechtlich verfolgt werden. Der Nationalrat hiess die Motion mit 98 zu 63 Stimmen gut, änderte deren Text allerdings ab. So sollen Compliance-Programme nach dem Willen der grossen Kammer zwar sanktionsmindernd, nicht aber sanktionsausschliessend sein.
 - › **Änderung beim Konkursprivileg:** Der Nationalrat hat mit 117 zu 37 Stimmen als Erstrat einer Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs zugestimmt. Gemäss der Vorlage sollen die Löhne von Angestellten nur noch bis zum Betrag von 126'000 Franken im Konkursfall in der ersten Klasse privilegiert werden. Für Ansprüche aus Sozialplänen soll unter gewissen Voraussetzungen auch zukünftig das unbeschränkte Konkursprivileg gelten. Die Vorlage geht nun zur Beratung an den Ständerat.
 - › **Attraktivität des Stiftungsstandorts Schweiz:** Der Nationalrat möchte die Attraktivität des Stiftungsstandorts Schweiz verbessern. Dies soll durch verbesserte Rahmenbedingungen für Stiftungen erreicht werden. Die grosse Kammer hat einen entsprechenden Vorstoss aus dem Ständerat an den Bundesrat überwiesen.
 - › **Kinderzulagen für Selbständige:** Gemäss dem Willen des Nationalrats soll die 2006 vom Volk angenommene Regelung für Familienzulagen auf Selbständigerwerbende ausgedehnt werden. Finanziert werden die Zulagen durch einkommensabhängige Beiträge der Selbständigerwerbenden. Die FDP-Liberalen lehnte diese Vorlage ab.
-

- › **Beziehungen Schweiz-EU:** Der Nationalrat hat ein Postulat von Christa Markwalder (FDP / BE) mit 97 zu 79 Stimmen angenommen. Dieses beauftragt den Bundesrat mit einer Evaluation der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Zudem soll der Bundesrat einen Prioritäten-Katalog mit Massnahmen für die Europapolitik formulieren. Abgelehnt wurde dagegen (mit 126 zu 60 Stimmen) ein SVP-Vorstoss, welcher das eingefrorene EU-Beitritts-gesuch für hinfällig erklären wollte.
- › **Ratifikation der Konvention gegen Verschwindenlassen:** Der Nationalrat verlangt die Ratifikation der internationalen Konvention gegen das Verschwindenlassen von Menschen. Ein entsprechender Vorstoss wurde mit 131 zu 42 Stimmen deutlich angenommen.

5. Geschäfte des Ständerats

- › **Erika Forster neue Ständeratspräsidentin:** Mit einem Glanzresultat von 43 von 44 gültigen Stimmen wählte der Ständerat Erika Forster (FDP / SG) zur Präsidentin. Mit den gleichen Resultaten wurden Hans-Heiri Inderkum (CVP / UR) zum ersten und Hans Altherr (FDP / AR) zum zweiten Vizepräsidenten des Ständerats gewählt.
 - › **Ausschaffungsinitiative wird vertieft geprüft:** Der Ständerat hat die Ausschaffungsinitiative der SVP unter dem Eindruck des Resultats der Anti-Minarett-Initiative zu einer vertieften Beurteilung an seine Staatspolitische Kommission zurückgewiesen. Die Kommission soll die Gültigkeit der Initiative vertieft prüfen. Zudem soll die Kommission auch die Möglichkeit eines direkten Gegenvorschlags evaluieren. In der Debatte forderte keiner der Votanten eine sofortige Änderung der gegenwärtigen Praxis der Überprüfung von Volksinitiativen. Im Vordergrund stand vielmehr die Frage, ob man dem Stimmvolk einen direkten Gegenvorschlag zur Initiative unterbreiten sollte. Bisher liegt ein indirekter Gegenvorschlag des Bundesrates vor, welcher von der vorberatenden Kommission unterstützt wird. Mit 30 zu 6 Stimmen erteilte der Ständerat seiner Kommission schliesslich den Auftrag, die Völkerrechtskonformität sowie die Möglichkeit eines direkten Gegenvorschlags vertieft zu prüfen.
 - › **Gentech-Moratorium verlängert:** Die kleine Kammer hat als Erstrat das Gentechnikgesetz beraten. Noch bis Ende November 2010 gilt für die Landwirtschaft das Gentech-Moratorium. Der Ständerat hat entgegen dem Willen der FDP das Moratorium um weitere drei Jahre (bis Ende 2013) verlängert. Der entsprechenden Änderung stimmte der Rat mit 23 zu 14 Stimmen zu. Die Vertreter der FDP-Liberalen setzten sich damit vergeblich für den Forschungs- und Wissenschaftsplatz Schweiz ein. Denn die Verlängerung des Moratoriums setzt ein falsches Signal und die Schweiz droht den Anschluss an die grüne Gentechnik zu verlieren. Die Revisionsvorlage wurde in der Gesamtabstimmung mit 22 zu 13 Stimmen angenommen. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat, der die Chance hat, ein Signal für den Forschungsplatz Schweiz auszusenden.
 - › **Steuergerechtigkeitsinitiative abgelehnt:** Der Ständerat hat sich als Erstrat mit der SP-Initiative „Für faire Steuern“ beschäftigt. Die Initiative verlangt eine materielle Steuerharmonisierung und damit eine massive Einschränkung des Steuerwettbewerbs zwischen den Kantonen. Neben Mindeststeuersätzen für Einkommen und Vermögen sieht die Initiative auch ein Verbot von degressiven Steuersätzen vor. Die Annahme der Initiative würde die gute Position der Schweiz im internationalen Steuerwettbewerb gefährden und einen Eingriff in das föderale System des Landes bedeuten. Der Vorschlag von Mindeststeuern würde das Staatswesen zudem verteuern, ohne zusätzliche Leistungen zu bringen. Der Ständerat hat dies erkannt und die Initiative deutlich und im Sinne der FDP. Die Liberalen mit 30 zu 9 Stimmen abgelehnt.
 - › **Keine weitere Aushöhlung des Bankkundengeheimnisses:** Mit einer Motion fordert Simonetta Sommaruga (SP / BE), dass die kantonalen Steuerbehörden analog zu den ausländischen Instanzen bei begründetem Verdacht auf Steuerhinterziehung Einsicht in die Kundendaten von Banken verlangen können. Diese Forderung entspricht, wie etwa Bundespräsident Hans-Rudolf Merz in der Debatte hinwies, nicht der Schweizer Steuerkultur. Zudem bestünden schon heute genügend Möglichkeiten, an die nötigen Informationen zu gelangen. Durch mehr Zwangsmittel könne man überdies nicht mehr Steuerehrlichkeit erreichen. Der Ständerat folgte dieser Argumentation und lehnte die Motion mit 26 zu 12 Stimmen ab.
-

- › **Zögerlicher Ständerat bei der Postmarktöffnung:** Der Ständerat hat als Erstrat das Postgesetz beraten, das die Grundversorgung gewährleisten und die weitere Marktöffnung vorbereiten soll. Die kleine Kammer folgte grösstenteils den Anträgen des Bundesrats. Allerdings soll der Briefmarkt nicht wie ursprünglich geplant bis 2012 vollständig liberalisiert werden. Stattdessen schlägt der Ständerat ein zweistufiges Verfahren vor: in einem ersten Schritt soll die Postgesetzgebung revidiert werden. Erst ein Jahr nach Inkraftsetzung der neuen Gesetzgebung soll über die vollständige Marktöffnung entschieden werden. Wie umstritten die Marktöffnung im Ständerat war zeigt die Tatsache, dass ein Antrag Imoberdorf (CVP / VS), alle Bestimmungen zur weiteren Marktöffnung zu streichen, nur äussert knapp mit 20 zu 19 Stimmen abgelehnt wurde. Entsprechend hatte der Antrag von Hans Hess (FDP / OW), das Briefmonopol der Post direkt aufzuheben, in der kleinen Kammer keine Chance. Die Vorlage geht nun zur Beratung an den Nationalrat.
 - › **Postorganisationsgesetz passiert Erstrat:** Neben der Briefmarktöffnung stand im Ständerat auch das Postorganisationsgesetz auf dem Programm. Dieses Gesetz sieht vor, die Schweizerische Post in eine spezialgesetzliche Aktiengesellschaft umzuwandeln, wobei dem Bund eine kapital- und stimmenmässige Mehrheit gesichert wird. Die Postfinance wird gemäss dem Entwurf in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft ausgegliedert, an welcher die Post die Mehrheit halten muss. Postfinance wird zudem der FINMA unterstellt. Der Ständerat erteilte der Idee einer Postbank eine Absage und erteilte Anträgen, die Geschäftstätigkeit der Postfinance im Bereich der Finanzdienstleistungen auszuweiten (Vergabe von Hypothekarkrediten, Firmen- und Privatkrediten) eine deutliche Absage. Aus Sicht der FDP würde eine solche Ausweitung der Geschäftstätigkeit die Privatisierung der Postfinance voraussetzen. Das Postorganisationsgesetz geht nun an den Nationalrat.
 - › **Revision des Energiegesetzes:** Der Ständerat hat als Erstrat die Teilrevision des Energiegesetzes beraten und einstimmig gutgeheissen. Ziel der Neuerungen ist eine verbesserte Energieeffizienz. Der Gebäudeenergieausweis soll demnach landesweit einheitlich ausgestaltet sein. Die Kantone sollen für Information, Beratung, Aus- und Weiterbildung im Gebäudebereich Globalbeiträge erhalten. Die Vorlage geht an den Nationalrat.
 - › **Kein freier Büchermarkt:** Der Ständerat hat sich, wie davor der Nationalrat, für eine Wiedereinführung der 2007 aufgehobenen Buchpreisbindung ausgesprochen; dies gegen den Willen der FDP-Vertreter. Mit 23 zu 15 Stimmen beschloss die kleine Kammer, auf die vom Nationalrat gutgeheissene Vorlage einzutreten. Diese sieht vor, dass die Bücherpreise durch Verleger und Importeure festgelegt werden. Der Bundesrat wandte sich vergeblich gegen die Wiedereinführung der Buchpreisbindung. Auch die Tatsache, dass die Wettbewerbskommission die Buchpreisbindung bereits 1999 als unzulässig taxiert hatte, eine Auffassung, die vom Bundesgericht 2007 bestätigt wurde, beeindruckte die Mehrheit des Ständerates nicht. Die Vorlage geht nun an die vorberatende Kommission des Nationalrats, welche die Details der Vorlage zu beraten hat.
 - › **Ständerat verabschiedet Rechnungslegungsrecht:** Der Ständerat hat als Erstrat das Rechnungslegungsrecht für Unternehmen (der zweite Teil der Vorlage Aktien- und Rechnungslegungsrecht) einstimmig verabschiedet. Dabei hat die kleine Kammer einige Änderungen am Entwurf des Bundesrates vorgenommen. Umstritten war insbesondere, ab welchem Schwellenwert ein Unternehmen eine Jahresrechnung mit Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang vorlegen muss. Der Bundesrat wollte diese Schwelle bei 100'000 Franken Umsatz festlegen. Damit hätte für 170'000 Gesellschaften die Rechnungslegungspflicht gegolten, was von Seiten der KMU-Vertreter kritisiert wurde. Im Ständerat setzte sich schliesslich der Antrag durch, wonach diese Schwelle bei 250'000 Franken Jahresumsatz liegen soll. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.
 - › **Besteuerung von Alleinerziehenden:** Der Ständerat hat es abgelehnt, die Frage der Besteuerung der Alleinerziehenden neu zu prüfen. Mit 18 zu 10 Stimmen lehnte der Rat eine entsprechende Motion der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) ab. Im Rahmen der Revision der Familienbesteuerung hatte das Parlament beschlossen, dass die Kantone Einelternfamilien sowie Konkubinatspaare mit Kindern stärker als verheiratete Paare besteuern dürfen.
 - › **Landschaftsfonds verlängert:** Der Ständerat hat den 1991 aus Anlass des 700-Jahr-Jubiläums der Eidgenossenschaft gegründeten Fonds „Landschaft Schweiz“ ein zweites Mal um 10 Jahre verlängert. Der Fonds soll mit 50 Millionen Franken gespeist werden. Der Bundesrat hatte sich aus finanzpolitischen Überlegungen gegen eine Verlängerung ausgesprochen. Der Ständerat sprach sich dennoch deutlich mit 25 zu 8 Stimmen für die Vorlage aus. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.
-

- › **Stempelsteuer-Revision:** Mit 23 zu 0 Stimmen hat der Ständerat eine Stempelsteuer-Revision beschlossen. Mit dieser sollen ausländische Banken und Börsenagenten, die Mitglieder der Schweizer Börse sind, von der Stempelsteuer befreit werden. Damit soll das Handelsvolumen in der Schweiz gehalten bzw. aus dem Ausland zurückgeholt werden. Unter dem Strich sollte sich die Reform positiv auf die Steuereinnahmen auswirken.
- › **Mini-Militärgesetzrevision:** Der Ständerat hat als Erstrat eine Mini-Revision des Militärgesetzes verabschiedet. Im Zentrum der Vorlage stehen neue Bestimmungen zur Überprüfung von Kaderanwärtern sowie zum Verkauf von militärischen Immobilien und zu gewerblichen Leistungen des VBS an Dritte. Die Vorlage umfasste damit lediglich die unbestrittenen Teile der Militärgesetzrevision. Namentlich das Obligatorium für Ausbildungsdienste im Ausland, das in der Sommersession 2009 am Widerstand der SVP, SP und Grünen gescheitert war, wurde nicht mehr dem Rat vorgelegt. Ein Antrag, die Vorlage an den Bundesrat zurück zu weisen, um diese gründlich zu überarbeiten, wurde mit 21 zu 19 knapp abgelehnt. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.
- › **Kohäsionsbeitrag für Rumänien und Bulgarien:** Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat einen Kredit von 257 Millionen Franken zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in Rumänien und Bulgarien bewilligt. Die Schweiz gewährt den Beitrag im Rahmen der Osthilfe und der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit. Für Projekte in Rumänien sind 181 Millionen, für solche in Bulgarien 76 Millionen Franken vorgesehen.
- › **BVG-Revision teilweise bereinigt:** Die BVG-Reform umfasst zwei Teile. Der erste Teil beinhaltet die Kantonalisierung der direkten Aufsicht sowie die Stärkung der Oberaufsicht durch die Schaffung einer eidgenössischen Oberaufsichtskommission. Im zweiten Teil geht es um Massnahmen zur Erleichterung der Arbeitsmarktbeteiligung von älteren Arbeitnehmern. Der Ständerat hat sich als Zweitrat mit der Revision befasst. Dabei hat er die letzten Differenzen bei der Arbeitsmarktbeteiligung älterer Arbeitnehmenden bereinigt. Noch nicht bereinigt ist dagegen der erste Teil der Revision betreffend die Aufsicht. Diese Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat.
- › **Strafrechtsrevision im Ständerat:** Der Nationalrat hatte sich im Sommer 2009 für rasche Änderungen und Verschärfungen des Strafrechts ausgesprochen. Der Ständerat hat sich diesem Vorgehen nicht angeschlossen. Er wandelte mehrere vom Nationalrat gutgeheissene Motionen in Prüfungsaufträge um. Dabei wurde argumentiert, dass zwar eine Analyse des neuen, seit 2007 in Kraft getretenen Strafrechts notwendig sei. Diese Arbeiten müssten aber in Ruhe erfolgen und sollten nicht übers Knie gebrochen werden. Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf erklärte, dass ihr Departement die Problematik intensiv bearbeite und dem Parlament bald Änderungsvorschläge unterbreiten werde.
- › **Verlängerung des Aufenthalts von Studenten:** Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat einer Motion zugestimmt, welche verlangt, dass die Aufenthaltsdauer für ausländische Studenten über die derzeit vorgesehenen acht Jahre hinaus verlängert werden kann.
- › **Kredit für die Rhonekorrektur:** Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat einem Kredit von 169 Millionen Franken für erste Etappe der dritten Rhonekorrektur für die Jahre 2009 bis 2014 zugestimmt. Das Projekt erstreckt sich über 30 Jahren und dürfte Kosten von insgesamt 1,6 Milliarden Franken verursachen.

6. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Die Fraktion FDP-Liberale hat in der Wintersession 2009 folgende elf Fraktionsvorstösse eingereicht:

- › **Abschaffung der Stempelsteuer:** Mit einer parlamentarischen Initiative fordert die Fraktion die schrittweise Abschaffung der Stempelsteuer. Diese ist ein gravierender Wettbewerbsnachteil des Finanzplatzes Schweiz. Sie bremst nicht nur die Finanzbranche, sondern die gesamte schweizerische Volkswirtschaft. Die Abschaffung der Stempelsteuer würde die Attraktivität des Finanzplatzes verbessern und die internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken.
 - › **Nationale Integrationsstrategie:** Mit einer parlamentarischen Initiative fordert die Fraktion eine nationale Integrationsstrategie mit nationalen Integrationsstandards. Die Schweiz braucht als Wirtschaftsstandort eine offene Migrationspolitik, die wiederum eine aktive Integrationspolitik erfordert. Diese braucht nationale Standards und soll durch ein Rahmengesetz geregelt werden.
 - › **Aufgabenüberprüfung vorantreiben:** Mit einer Motion beauftragt die Fraktion FDP-Liberale den Bundesrat, dem Parlament bis März 2010 im Rahmen der Aufgabenüberprüfung eine Verzichtsplannung vorzulegen, die mindestens einen Umfang von 2.5 Milliarden Franken hat.
-

- › **Kostentransparenz bei Vorstössen:** Mit einer parlamentarischen Initiative fordert die Fraktion mehr Kostentransparenz bei parlamentarischen Vorstössen. Um dies zu erreichen, sollen die Kosten der Beantwortung eines Vorstosses standardmässig in der Antwort des Bundesrates ausgewiesen werden.
- › **Ausbildungsoffensive im Bereich der Pflege:** Mit einer Motion wird der Bundesrat beauftragt, zusammen mit Partnern, die bereits heute im Weiterbildungs- und Ausbildungswesen im Pflegebereich federführend sind, ein zertifiziertes Weiterbildungsangebot zu gewährleisten sowie bis 2011 flächendeckend eine 2-jährige zertifizierte Attestausbildung „Praktikerin/Praktiker Gesundheit und Betreuung EBA“ einzuführen.
- › **Eigenverantwortung stärken durch Wahlfranchise:** Der Bundesrat wird mit einer Motion beauftragt, die Krankenversicherungsverordnung anzupassen. Es sollen Versicherungsformen zugelassen werden, bei denen die Versicherten sich in stärkerem Ausmass an den Kosten beteiligen können als bisher. Die Versicherer sollen Wahlfranchisen in verschiedenen Abstufungen mit einer Obergrenze von CHF 3'000 (bisher: maximal CHF 2'500) anbieten. Der Rabatt für die Versicherten soll durch das zusätzlich übernommene Risiko erhöht werden.
- › **Auswirkungen der Änderung im Patentrecht:** Das Parlament hat Ende 2008 eine Änderung des Patentrechts beschlossen und die einseitige regionale Erschöpfung für patentgeschützte Waren beschlossen; ausgenommen wurden Waren, deren Preise staatlich festgelegt werden. Der Bundesrat wird gebeten, die Auswirkungen der Einführung der einseitigen euroregionalen Erschöpfung auf die Preise für Produzenten und Konsumenten sowie auf den Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz zu untersuchen und darüber Bericht zu erstatten.
- › **Ausbildungsbeiträge:** Der Bundesrat wird mit einem Postulat beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten für den Bund bestehen, das System der Ausbildungsbeiträge (Stipendien und Darlehen) stärker zu unterstützen. Insbesondere wäre zu klären, ob hierfür die bestehenden rechtlichen Grundlagen ausreichen oder wie diese ergänzt werden müssten. Die verschiedenen Möglichkeiten der verstärkten Unterstützung sollen in einem umfassenden Bericht präsentiert werden, inkl. einer Gesamtbeurteilung hinsichtlich der Wirkung sowie den finanziellen Konsequenzen für Bund und Kantone.
- › **Fragen zum Sicherheitspolitischen Bericht und zur Armee:** Die Fraktion FDP-Liberale hat zwei Interpellationen eingereicht, in welchen sie dem Bundesrat mehrere Fragen zum Sicherheitspolitischen Bericht sowie zu weiteren aktuellen sicherheitspolitischen Themen stellt.
- › **Fragen zur Inneren Sicherheit:** Das Bundesgesetz zur Wahrung der Inneren Sicherheit scheiterte an einer unheiligen Allianz. Der Bundesrat ist beauftragt, eine überarbeitete Vorlage vorzulegen. Die Fraktion stellte dem Bundesrat kritische Fragen zum Stand der Dinge in diesem Bereich.

7. Schlussabstimmungen

Das Parlament hat folgende 11 Vorlagen in den Schlussabstimmungen verabschiedet:

- › mit 135 zu 54 Stimmen (Nationalrat) und 39 zu 0 Stimmen (Ständerat) das Bundesgesetz über die Kulturförderung;
 - › mit 190 zu 2 Stimmen und 39 zu 0 Stimmen das Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG-Teilrevision, Massnahmen zur Erleichterung der Arbeitsmarkt-beteiligung älterer Arbeitnehmender);
 - › mit 121 zu 63 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 34 zu 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen der Bundesbeschluss über die eidgenössische Volksinitiative „Lebendiges Wasser“;
 - › mit 183 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung und 40 zu 0 Stimmen das Schweizerische Zivilgesetzbuch (Register-Schuldbrief und weitere Änderungen im Sachenrecht);
 - › mit 192 zu 1 Stimme und 39 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung der Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Übereinkommens über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Lugano-Übereinkommen);
 - › mit 126 zu 63 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 40 zu 0 Stimmen das Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Renaturierung);
-

- › mit 137 zu 57 Stimmen und 39 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung der Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Uno-Übereinkommens über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens von der Gerichtsbarkeit;
 - › mit 122 zu 65 Stimmen bei 7 Enthaltungen und 36 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen das Bundesgesetz über Waffen, Waffenzubehör und Munition (Anpassung der Umsetzung des Schengen-Besitzstands);
 - › mit 121 zu 64 Stimmen bei 9 Enthaltungen und 40 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Richtlinie 2008/51/EG zur Änderung der Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands);
 - › mit 112 zu 74 Stimmen bei 8 Enthaltungen und 40 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung der Notenaustausche zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung und des Beschlusses über das Visa-Informationssystem (VIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands);
 - › mit 122 zu 64 Stimmen bei 8 Enthaltungen und 29 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Verordnung der Bundesversammlung zum Parlamentsressourcengesetz (Erhöhung der Fraktionsbeiträge).
-